

# Aus Heimatgauen.

Tierische Landeszeitung  
Trier 3.10.26

## Das geteilte Jünkerath.

7 Jünkerath, 3. Okt. Der in Nr. 217 vom 17. 9. 1926 unter obiger Ueberschrift erschienene Artikel hat anscheinend Erfolg gehabt insofern, als wenigstens die breitere Öffentlichkeit anfängt, sich mit der Angelegenheit etwas mehr zu befassen. Es ist dies aber auch höchst notwendig. Zwei weitere Zuschriften beschäftigen sich weiterhin mit der Sache. Der erstere davon erläutert die Nachteile, die durch die Zerspaltung Jünkeraths in gerichtlicher Beziehung allen Beteiligten entstehen. Man könnte die darin entwickelten Gedankengänge und Beispiele noch weiter fortführen und ausdehnen auf alle anderen Behörden, die doppelt vorhanden sind bezw. mit denen gearbeitet werden muß, als da sind: Finanzämter, Katasterämter, Wohlfahrtsämter, Fürsorgestellen, Krankenkassen, Polizeiverwaltungen, Notare etc. Der zweite Artikel ist allerdings nicht recht verständlich. Der Einsender hätte besser getan, klipp und klar zu schreiben, was er denkt und meint, besonders auch über die Wege, die einzuschlagen wären, um endlich einmal zu der so notwendigen Eingemeindung zu gelangen. Er darf überzeugt sein, daß alle gangbaren und vorgeschriebenen Wege eingeschlagen worden sind, um das ersehnte Ziel zu erreichen.

Es muß doch jedem einleuchten, daß eine derartige Zerspaltung eines Ortes, wie sie geschildert worden ist und tatsächlich besteht, ein unmöglicher Zustand ist. Die Nachteile, die dem einzelnen Bürger, der Entwicklung des Ortes, ja den Behörden selbst durch die ständigen Kompetenzstreitigkeiten entstehen, sind zahlenmäßig garnicht zu erfassen. Allseitig ist man heute und mit Recht bestrebt, zu sparen, alle Kräfte nützlich zu verwerten, kurz, zu rationalisieren, sei es in der Verwaltung, sei es im Erwerbsleben. Hier in Jünkerath ist eine der besten Gelegenheiten, dies in die Wirklichkeit umzusetzen!

Wiewiel Papier, Tinte und Worte sind nicht schon in dieser Sache verbraucht worden! Die allerersten Eingemeindungsversuche wurden bereits in den 60er Jahren unternommen. Damals scheiterte die Sache an dem Widerstand der ländlichen Stammgemeinden. Erneute Versuche in den Jahren 1905/08 hatten ebenfalls keinen Erfolg. Es sollte erste der geplante Bahnbau Jünkerath-Hilleshcim und Jünkerath-Stadtthl-Weymerg und die daraus sich ergebende Entwicklung der Dinge abgewartet werden. Dann kam der Krieg, und alles stockte. Nach dem Kriege wurden die Versuche, zur Eingemeindung zu gelangen, wieder aufgenommen. Die gesamte Einwohnerschaft Jünkeraths bildete einen Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, mit dem ausgedr-

sprochenen Ziel, nun endlich die Eingemeindung zu erledigen. Trozdem nun alle die Hemmnisse die früher die Ausführung des Planes behinderten, nicht mehr vorliegen, und sich die Entwicklung des Ortes, die sich mehr in industrieller und gewerblicher, nicht landwirtschaftlicher Art vollzieht, klar übersehen läßt, obgleich sich alle möglichen interessierten Kreise, die gesamte Bürgerschaft, die Eisenbahnverwaltung selbst dafür ausgesprochen haben, die Pläne etc. auch fertig sind, geht die Sache nicht vorwärts. Ob und welche Widerstände sich gegen die Eingemeindung geltend machen, entzieht sich meiner Kenntnis. Sie können aber auf keinen Fall derart sein, daß sich dadurch eine weitere derartige Schädigung der Bürgerschaft, der Entwicklung des Ortes, ja der Verwaltungsbehörden selbst rechtfertigen ließe. Sie müssen und können auch, wenn solche bestehen sollten, überwunden werden. An dem guten Willen und der Bereitwilligkeit der Bürger Jünkeraths und ihrer Interessenvertretung, die, wiederholt sei es gesagt, einstimmig die Eingemeindung fordern, wird es nicht fehlen.

Die Bürgerschaft Jünkeraths ist der Meinung, daß Zeit genug verstrichen ist. Sie ist ferner der Meinung, im Gegensatz zu etlichen Verwaltungstellen, daß sehr wohl der jetzige Zeitpunkt geeignet ist zur Eingemeindung, und erwartet endlich von der jetzt zuständigen Stelle, ohne Rücksicht auf irgendwelche Widerstände, Taten zu sehen

## Verkehrshebung für die Eifel.

Eine kleine Anfrage des Zentrums im Landtage.

O Berlin, 4. Okt. Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage der Zentrumsfraktion eingegangen:

Wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, hätte die damalige preussische Eisenbahnverwaltung die Verbindung der Bahnstrecke Remagen—Adenau mit der Strecke Andernach—Gerolstein durchgeführt. Die Geldmittel für den Bahnbau Adenau—Kellberg—Nengen waren bereits im Eisenbahnanleihegesetz von 1914 vorgesehen. Es sollte damit ein Zustand endlich beseitigt werden, der seit Jahrzehnten als völlig unhaltbar nachgewiesen und von der Preussischen Eisenbahnverwaltung auch als unhaltbar anerkannt war. Ist das Preussische Staatsministerium bereit, sich für die Wiederaufnahme des Projekts bei der Reichsbahnverwaltung einzusetzen und dadurch einem der ärmsten Teile der Eifel zur Vorausscheidung für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verhelfen?

\*  
△ Ruwer, 4. Okt. Einige genutzreiche Stunden bereitete uns gestern der Männergesang-